

Stand: 16.02.2026 09:10:49

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8910

"Rettung des Schlachthofs Landshut – regionale Wertschöpfung, Tierschutz und Arbeitsplätze sichern"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8910 vom 12.11.2025



## **Antrag**

der Abgeordneten **Ruth Müller, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayr, Florian von Brunn, Sabine Gross, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

### **Rettung des Schlachthofs Landshut – regionale Wertschöpfung, Tierschutz und Arbeitsplätze sichern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- unverzüglich Gespräche mit der Erzeugergemeinschaft Südbayern EG, der Stadt Landshut, den betroffenen Landwirtinnen und Landwirten, der Belegschaft sowie der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) aufzunehmen, um den Fortbestand des Schlachthofs Landshut zu sichern,
- zu prüfen, mit welchen kurzfristigen finanziellen, strukturellen oder förderrechtlichen Maßnahmen der Standort stabilisiert werden kann,
- ein Konzept zur langfristigen Sicherung regionaler Schlachtkapazitäten in Bayern vorzulegen, das insbesondere tierwohlgerechte, regionale und klimafreundliche Strukturen stärkt,
- im Rahmen des Tierschutzplans Bayern sicherzustellen, dass Tiertransporte auf ein Minimum reduziert werden und regionale Schlachtmöglichkeiten erhalten bleiben.

### **Begründung:**

Der Schlachthof Landshut steht kurz vor der Schließung – mit weitreichenden Folgen für die Region, die Landwirtschaft, die Beschäftigten und den Tierschutz. Rund 120 Arbeitsplätze sind direkt betroffen, ebenso mehr als 400 Schweinehalterinnen und Schweinehalter allein im Landkreis Landshut, die zusammen etwa 340 000 Tiere halten. Landshut ist einer der letzten großen Schlachtstandorte in Niederbayern mit einer Kapazität von bis zu 21 000 Tieren pro Woche. Fällt dieser Standort weg, kann der Betrieb in Vilshofen die anfallende Arbeit nicht kompensieren. Für die Landwirte in der Region würde das deutlich längere Tiertransporte bis nach Baden-Württemberg oder Österreich bedeuten – mit negativen Folgen für Tierwohl, Wirtschaftlichkeit und Klimabilanz.

Kurze Wege zwischen Bauernhof und Schlachthof sind ein zentraler Bestandteil regionaler und nachhaltiger Landwirtschaft. Sie bedeuten weniger Stress für die Tiere, geringere Transportkosten und eine höhere Wertschöpfung in der Region. Längere Transportzeiten sind aus Tierschutzsicht nicht vertretbar und widersprechen den Zielen einer verantwortungsvollen Agrarpolitik. Ein regionaler Schlachthof ist die Voraussetzung dafür, dass Landwirtinnen und Landwirte weiterhin artgerecht wirtschaften und Verbraucherinnen und Verbraucher nachvollziehen können, woher ihr Fleisch stammt.

Darüber hinaus ist der Schlachthof Landshut ein wichtiger Arbeitgeber mit rund 120 tarifgebundenen, gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten. Der Betrieb steht für faire Arbeitsbedingungen und regionale Wertschöpfung – Faktoren, die für eine sozial gerechte und nachhaltige Wirtschaft in Bayern von zentraler Bedeutung sind. Sein Erhalt ist daher nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine soziale und moralische Verpflichtung.

Auch aus ökologischer Sicht wäre eine Schließung kontraproduktiv. Die Region Landshut gehört zu den bedeutendsten Schweinehaltungsgebieten Bayerns. Ein funktioniegender regionaler Schlachthof sichert kurze Transportwege, verringert CO<sub>2</sub>-Emissionen und stärkt regionale Kreisläufe. Ohne den Standort Landshut droht ein weiterer Verlust dezentraler Strukturen und eine zunehmende Abhängigkeit von wenigen, weit entfernten Großbetrieben.

Der Freistaat muss im engen Schulterschluss mit allen Beteiligten Lösungen erarbeiten, um den Fortbestand des Schlachthofs Landshut zu sichern. Es geht um die Zukunft der landwirtschaftlichen Betriebe, um den Schutz der Tiere, um sichere Arbeitsplätze und um die Bewahrung regionaler Wertschöpfung – und damit um ein Stück gelebter Verantwortung für Bayern.